

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Taxi-Fahrer als Terroropfer

Belfast (spk) Immer mehr Taxi-Fahrer werden Opfer des Terrors in Nordirland. Am Mittwochabend wurde der fünfte Taxifahrer innerhalb von 15 Monaten erschossen. Die Polizei vermutet, dass der Täter Mitglied einer paramilitärischen protestantischen Vereinigung sei. Der Taxifahrer wurde von einem Kunden an den Stadtrand von Belfast gelockt und dann erschossen. Sein Fahrzeug wurde in Brand gesteckt.

Flüchtlinge erfroren

Teheran (spk) 40 Flüchtlinge sind nach Angaben der amtlichen iranischen Nachrichtenagentur IRNA im Norden des Iraks auf dem Weg zur iranischen Grenze erfroren. Sie seien auf der Strasse Arbil-Hadsch-Omran ums Leben gekommen. Ein Angehöriger einer iranischen Hilfsorganisation sagte laut IRNA, den Flüchtlingen mangle es an allem.

Stützpunktvertrag

Manila (spk) Die festgefahrenen amerikanisch-philippinischen Verhandlungen über einen neuen Stützpunktvertrag werden wegen der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten vorerst nicht wiederaufgenommen. Wie ein Sprecher der amerikanischen Botschaft in Manila mitteilte, wurde die für den 10. April geplante 6. Runde der im vergangenen Mai begonnenen Verhandlungen verschoben.

Ausweisung

Tel Aviv (spk) Die israelische Armeeführung hat der Ausweisung von vier Palästinensern aus dem Gaza-Streifen zugestimmt. Nach Angaben des israelischen Radios vom Donnerstag hiess der zuständige General Matan Vilna'i am Mittwochabend die Empfehlung eines Militärtribunals in Gaza gut, das zuvor den Einspruch der vier Araber nach zweiwöchiger Verhandlung abgewiesen hatte.

Korsika-Statut

Paris (spk) Die französische Nationalversammlung hat in der Nacht auf den Donnerstag nach heftigen Debatten die Kernbestimmungen des neuen Korsika-Statuts beschlossen und dabei die Existenz eines eigenständigen «korsischen Volkes» als Teil des französischen Volkes anerkannt. Um 0600 Uhr morgens wurde die Debatte nach der Annahme von 46 der 84 Gesetzesbestimmungen vertagt.

Systemwechsel behindert

Sofia (spk) Nach den Worten des stellvertretenden bulgarischen Regierungschefs Dimitar Ludschew gerät die Anfang Februar angelaufene Wirtschaftsreform des Landes ins Stocken. Der Systemwechsel werde von der Sozialistischen Partei (ehemals Kommunisten) und den sozialistischen Kabinettsmitgliedern behindert. Ludschew warnte, der soziale Frieden sei in Gefahr.

Werden Gemeinden mit hohen Finanzreserven künftig bestraft?

Die Kürzung des Finanzausgleichs bei hohen Reserven einer Gemeinde ist umstritten – Unterschiedliche Auffassungen darüber auch im Landtag

(G.M.) – Die Vermögenslage der Gemeinden ist nach einer Darstellung der Regierung besser als diejenige des Staates. Aus diesem Grunde schlägt die Regierung dem Landtag die Kürzung des Finanzausgleichs für jene Gemeinden vor, die über erhebliche Finanzreserven verfügen. Im Landtag stiess diese Bestimmung, die nach dem Modell der Regierung vor allem Vaduz, Schaan, Triesen und Eschen betreffen würde, auf geteilte Meinungen. Insbesondere FBP-Abgeordnete regten an, die Finanz- und Vermögenslage der Gemeinden etwas differenzierter als die Regierung zu betrachten.

Die Gemeinden als Gesamtheit haben in den zurückliegenden Jahren über mehr Einnahmen verfügt, unterstreicht die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag, als sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten. Zu dieser Entwicklung habe zweifellos die grosszügige Dotierung des Finanzausgleichs und die Beibehaltung eines ungeschmälernten Subventionsbetrags für kommunale Hoch- und Tiefbauten beigetragen. Dank des guten Einnahmeverlaufs konnten die Gemeinden, so die Regierung weiter, nicht nur die laufenden und investiven Ausgaben decken, sondern noch beträchtliche Reserven anhäufen.

Reserven zu hoch oder nicht?

Gemäss einer Berechnung der Regierung wiesen die elf Gemeinden gesamthaft am 31. Dezember 1989 einen Deckungsüberschuss von 153,3 Mio. Fr. auf, während der Staat zum gleichen Zeitpunkt nur über ein Reservekapital von 50,9 Mio. Fr. verfügte. Bei einem durchschnittlichen Ausgabenvolumen von 115 Mio. Fr. pro Jahr, errechnete die Regierung, entspreche dieser Reservenstand der Gemeinden einem Ausgleichsvolumen von rund 16 Monaten. Die Regierung betrachtet, vor allem im Vergleich mit den staatlichen Reserven, den Stand der kommunalen Reserven als hoch, während der FBP-Abgeordnete Johann Kindle, als Gemeindegassier zweifellos ein Fachmann auf dem Gebiete der Gemeindefinanzen, diesen Reservenstand als «keineswegs zu viel» betrachtet: «Es ist dies ja auch nur eine rein statistische Grösse, die im Einzelfall nicht viel aussagt. Auch der Vergleich mit dem Land hinkt.» Einen anderen Aspekt brachte der zweite Gemeindegassier, der FBP-Abgeordnete Josef Büchel, in die Diskussion: Er fragte, ob der Begriff der Reserven genügend genau definiert sei – offensichtlich bestehen hier in den einzelnen Gemeinden ebenfalls unterschiedliche Auffassungen.

Für Reservepolster bestraft werden?

Ob eine Kürzung des Finanzausgleichs aufgrund von erheblichen Finanzreserven der Gemeinden gerechtfertigt ist oder nicht, darüber gingen die Meinungen im Landtag ebenfalls auseinander. Die Regierung stellte sich in ihrem Bericht auf den Standpunkt, dass es mit dem Begriff des Finanzausgleichs nicht zu vereinbaren sei, wenn ein Teil der Ausgleichsmittel zur weiteren Dotierung der Reservekapitalien zugewiesen wurde, obwohl andere Gemeinden auf Fremdmittel angewiesen wären: «Unverständlich wird eine solche Mittelverschiebung insbesondere dann, wenn das Land – wie dies auch den Budgets und Finanzplänen für die Zukunft absehbar ist – für die Finanzierung seiner Ausgaben über zu geringe Einnahmen verfügt und Mittel aus den Staatsreserven für die Deckung der Gesamtausgaben einzusetzen hat.»

Demgegenüber vertrat der FBP-Abgeordnete Johann Kindle die Auffassung, dass es nicht angehe, denjenigen Gemeinden, die in der Lage waren, sich für kommende gewichtige Investitionsprojekte gewisse Reservepolster zu bilden, «so quasi durch die Blume die Schuld an der derzeitigen Finanzlage des Landes in die Schuhe schieben zu wollen.» Die heute

vorhandenen Reserven sind nach seinen Ausführungen den einzelnen Gemeinden nicht überall so leicht wie der Regen vom Himmel gefallen, «sondern wurden gezielt und oft unter Verzicht auf tagespolitische Opportunität geäußert.» Vor allem auch verwahrte er sich gegen die Ansicht, dass die Reserven das alleinige Ergebnis des vom Lande zufließenden Finanzausgleichs seien.

Zweifel an der Zuverlässigkeit

FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt hegte ausserdem Zweifel an der Zuverlässigkeit der von der Regierung ermittelten Zahlen über die Finanzsituation der Gemeinden. Zur Erläuterung seiner Zweifel wies er auf unterschiedlichen Zahlenangaben im Zusammenhang mit der Gemeinde Vaduz hin. Der Regierungsbericht nenne für Vaduz greifbare Mittel in Höhe von 78,9 Mio. Fr., während der Rechnungsbericht der Gemeinde Vaduz zum gleichen Zeitpunkt lediglich eine Bilanzsumme von 73 Mio. Fr. ausweise, erklärte er und meinte:

«Dieses Beispiel belegt, dass allein schon die Zahlen der Landes- und Gemeindefinanzen nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar sind und keine sichere Bemessungsgrundlage liefern.»

Sorgfältige Schweizer Ausschaffungspraxis

St.Gallen (spk) Der St.Galler Regierungsrat zweifelt nicht daran, dass der Bund die Aufgabe der laufenden Überprüfung der Verhältnisse in der Türkei mit Blick auf die Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber sorgfältig wahrnehme. Dies geht aus einer am Donnerstag publizierten Antwort auf eine einfache Anfrage aus dem Grossen Rat hervor.

Die St.Galler Regierung räumt dabei ein, es müsse davon ausgegangen werden, dass in der Türkei – trotz Unterzeichnung entsprechender internationaler Konventionen – Geständnisse von Angeeschuldigten mitunter mit Folterungen erzwungen werden.

Schweizer Osthilfe

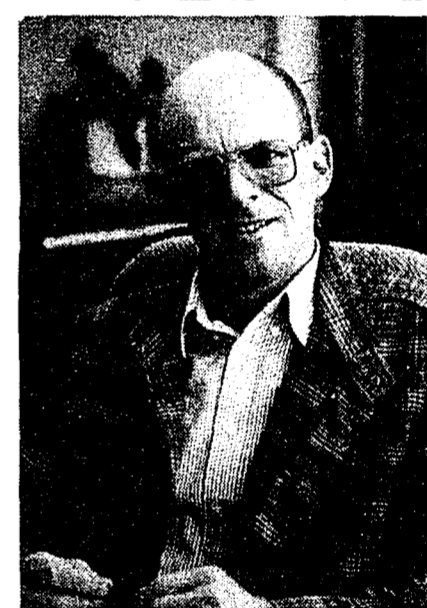
Bern (spk) Im Rahmen der Osthilfe unterstützt die Schweiz zurzeit ein Hilfsprogramm des Europarates im Bereich der Menschenrechte und der rechtlichen Zusammenarbeit mit einer Million Franken. Ebenfalls in diesem Zusammenhang soll in der kommenden Woche in Bern für eine ungarische Delegation ein Seminar über die Tätigkeiten des Europarates stattfinden.

Das Hilfsprogramm des Europarates im Bereich der Menschenrechte und der rechtlichen Zusammenarbeit zielt darauf ab, die Länder Mittel- und Osteuropas in ihren Reformbestrebungen bei der Anpassung der Normen der Demokratie und der Respektierung der Menschenrechte zu unterstützen.

Nachrichtendienst wird aufgelöst

Zürich (spk) Der Nachrichtendienst (ND) der Zürcher Kantonspolizei wird im kommenden Sommer aufgelöst. Die Auflösung sei vom Zürcher Polizeikommandanten Claude Baumann im Zuge einer Reorganisation beantragt und von der Polizeidirektion gutgeheissen worden, sagte ein Pressesprecher der Zürcher Kantonspolizei.

Er bestätigte damit einen Pressebericht, der am Donnerstag in mehreren Zürcher Zeitungen erschienen war. Der Entscheid stehe nicht im Zusammenhang mit der noch laufenden Untersuchung der Geschäfts-Prüfungs-Kommission (GPK) des Kantonsrates über die Tätigkeit des kantonalzürcherischen Staatschutzes.



Die Mittellösung genügt noch nicht

Gemeinden, die über hohe Finanzreserven verfügen, müssen gemäss neuem Modell mit einer Kürzung der Zuweisungen aus dem Finanzausgleich in zwei Stufen rechnen. Für den FBP-Abgeordneten Johann Kindle (Bild) geht diese Mittellösung noch zu wenig weit. Um einen flexibleren Übergang zum Reserveeinsatz zu schaffen, ist seiner Meinung nach eine weit differenziertere Abstufung bzw. ein gleitender Übergang zu wählen. Im übrigen, so betont Johann Kindle, seien die heute vorhandenen Reserven den einzelnen Gemeinden nicht überall so leicht zugefallen, sondern gezielt und oft unter Verzicht auf tagespolitische Opportunitäten geäußert worden.

Die Meinungen von Johann Kindle und Landtagsvizepräsident Josef Biedermann (FBP) zur geplanten Änderung des Finanzausgleichsystems lesen Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Schriftsteller von Weltruhm

Max Frisch nach langer Krankheit 79jährig gestorben

Zürich (AP) Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch ist am Donnerstag in den frühen Morgenstunden kurz vor seinem 80. Geburtstag gestorben. Wie aus dem Kreis seiner Familie mitgeteilt wurde, erlag er in seiner Zürcher Wohnung den Folgen einer schweren Krankheit. Mit Frisch verliert die Schweiz kurze Zeit nach dem Tod von Friedrich Dürrenmatt den zweiten Schriftsteller von Weltruhm.

Frisch war ein unbequemer Zeitgenosse, der sich bis zuletzt zu einem humanen Sozialismus bekannte und scharfsinnige Kritik an den Zuständen in der Schweiz und auf der Welt übte. Noch kurz vor seinem Tod wehrte er sich dagegen, dass er von der offiziellen Schweiz in die 700-Jahr-Feierlichkeiten eingespannt werde. Warum solle er sich mit der Regierung dieses verlüderten Staates an einen Tisch setzen, fragte er in seinem offenen Brief, mit dem er gegenüber dem Delegierten Marco Solari den Verzicht auf die Teilnahme an den Festlichkeiten begründete und festhielt, was «mich mit diesem Staat verbindet: ein Reisepass».

Grosse Romane und Theaterstücke

In den 50er und 60er Jahren entstanden Frischs bekannteste Theaterstücke und Romane: «Don Juan oder die Liebe zur Geometrie» (1953), «Biedermann und die Brandstifter» (1958), «Andorra» (1961) und «Biographie: Ein Spiel» (1968) uraufgeführt. «Stiller», «Homo Faber» und «Mein Name sei Gantenbein». «Biedermann» und «Andorra» gehören zu den meistgespielten Stücken des

deutschsprachigen Theaters. Seit dem grossen Erfolg dieser Romane und Stücke wurde Frisch immer wieder als Anwärter auf den Literatur-Nobelpreis genannt. Frischs in den vergangenen 20 Jahren entstandene Werke, wie die Erzählung «Montauk» oder der Altersroman «Der Mensch erscheint im Holozän», stiessen nicht mehr auf die gleiche Akzeptanz wie die früheren Romane und Theaterstücke.



Zählte zu den bedeutendsten Schriftstellern der Nachkriegszeit: Max Frisch.

Schweiz: Verbesserter Konsumentenschutz

Bern (AP) Der Konsumentenschutz in der Schweiz wird ab dem 1. Juli verbessert: Auf dieses Datum hin hat der Bundesrat das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften und ähnlichen Verträgen sowie Bestimmungen über die Zusendung unbestellter Waren und Dienstleistungen in Kraft gesetzt, wie das EJPD am Donnerstag mitteilte.

Die Eidgenössischen Räte hatten nach längerem Hin und Her in der vergangenen Herbstsession das Konsumenteninformationsgesetz mit entsprechenden Anpassungen des Obligationenrechts gutgeheissen und damit den 1981 vom Volk erteilten Verfassungsauftrag in die Praxis umgesetzt. Nachdem die Referendumsfrist unbenutzt verstrich, können die bereits 1966 vom damaligen Bundesrat Hans Schaffner in Auftrag gegebenen Konsumentenschutzbestimmungen in Kraft treten. Im wesentlichen bringen sie folgende Neuerungen: Konsumentinnen und Konsumenten können künftig innerhalb sieben Tagen mit einer schriftlichen Erklärung von einem Verkauf zurücktreten, wenn sie in bestimmten Situationen von einem gewerbsmässig handelnden Lieferanten Waren oder Dienstleistungen bestellen. Das Widerrufsrecht besteht, wenn der Vertrag in der Wohnung oder unter der Haustür des Käufers abgeschlossen wurde, wenn der Verkauf auf öffentlichen Strassen und Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an einer Werbeveranstaltung zustande kam, die mit einer Carfahrt oder ähnlichen Angeboten verbunden ist.

Sportliche

Regenmäntel

soeben eingetroffen im

modehaus hannelore

Karfreitag geöffnet bis 18.30 Uhr (kein Abendverkauf)

frick FENSTER

FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS

Geh zum Fenster Frick er weiss Bescheid.

ferdinand frick ag

Fenster und Fassadenbau
9494 Schaan
Telefon 075 / 274 74 Telefax 075 / 299 84